

POLITIK

UNRUHEN IN DER ARABISCHEN WELT SETZEN SICH DIE UMWÄLZUNGEN AUCH IN CHINA FORT? UND WAS KANN EUROPA TUN?

Ein EU-Marshallplan für die arabische Welt?

Außenbeauftragte Ashton berät über Hilfen

■ Sondertreffen der Außenminister zu Hilfen und Marktöffnungen

DANIEL-DYLAN BÖHMER
CHRISTOPH B. SCHILTZ
BERLIN UND BRÜSSEL

Europas Außenminister wissen jetzt, dass sie eine neue Chefin haben: Catherine Ashton (55). Kurzfristig strich die EU-Außenbeauftragte ihren Kollegen den freien Sonntagabend und zitierte sie vorzeitig nach Brüssel zum Abendessen – einen Tag vor dem regulären Treffen der Außenminister. Das war eine Machtdemonstration. Ashton will jetzt, 14 Monate nach Dienstantritt, endlich Profil zeigen und klar machen, dass sie in der europäischen Außenpolitik die Zügel in die Hand nehmen will. Die Umwälzungen in Nordafrika sind dazu eine willkommene Gelegenheit – und ihre letzte Chance.

Das Sondertreffen der Außenminister hatte aus Sicht der EU-Außenbeauftragten vor allem ein Ziel: Eine intensive Dis-

„Wenn wir jetzt nicht helfen, die Probleme in Nordafrika zu lösen, dann landen sie bei uns“

Ein EU-Spitzendiplomat

kussion darüber, wie Europa nach den friedlichen Revolutionen in Tunesien und Ägypten und nach den Unruhen in etlichen anderen arabischen Staaten künftig mit den demokratischen Bewegungen und den Herrschern in Nordafrika umgehen will. „Wenn wir jetzt nicht helfen, die Probleme in Nordafrika zu lösen, dann werden diese Probleme bei uns landen“, sagte ein Brüsseler Spitzendiplomat der „Welt“.

Das Treffen am Sonntagabend sollte der Auftakt sein für eine Debatte, an deren Ende in spätestens sechs Monaten eine Art groß angelegter Marshallplan der EU für Nordafrika stehen soll: Umfangreiche finanzielle Hilfen, Handelserleichterungen und Unterstützung beim Aufbau von demokratischen Institutionen. Das gibt es nicht zum Nulltarif. Das war eine von Ashtons zentralen Botschaften.

Innerhalb der EU tun sich bereits jetzt erste Gräben auf: Vor allem Berlin und London tun sich derzeit schwer mit größeren finanziellen Zusagen an die nordafrikanischen Länder. Auf der anderen Seite forderten Frankreich, Spanien, Zypern, Griechenland, Malta und Slowenien eine spürbare Aufstockung der Hilfen. Ashton konnte in der vergangenen Woche immerhin erreichen, dass das EU-Parlament die Kreditgarantien der Europäischen Investitionsbank für den Mittelmeerraum bis 2013 um eine Milliarde Euro erhöht. Aber das wird bei Weitem nicht reichen – auch wenn die EU im Rahmen ihrer Programme für Europäische Nachbarschaftspolitik zwischen 2011 und 2013 allein Ägypten 450 Millionen und Tunesien 258 Millionen Euro zur Verfügung stellt.

Angewandt soll vor allem Ägypten und Tunesien mit kurz- und mittelfristigen Maßnahmen geholfen werden. Ziel sei es, die Demokratie zu fördern, die Region zu stabilisieren, den Menschen eine ökonomische Perspektive zu geben und damit auch die Flüchtlingsströme nach Südeuropa zu reduzieren. So wird in Brüssel die Entsendung von Experten zum Aufbau demokratischer Institutionen gesehen. Damit dürften auf Deutschland und Frankreich erhebliche Verpflichtungen zukommen. Gleichzeitig soll die EU ihre Agrar- und Dienstleistungsmärkte für Nordafrika öffnen – das würde neue Konkurrenz für europäische Anbieter bedeuten. Als mittelfristig orientierte Maßnahme sehen EU-Diplomaten neue Milliarden-Hilfen. Ashton sagte, die Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau könnten weitere 2,5 Milliarden Euro für Projekte in Nordafrika und Nahost bereitstellen.

Auch am Wochenende gingen die Unruhen in zahlreichen arabischen Ländern weiter, und dabei waren auch Bündnispartner Europas unter Druck – allen voran Libyens seit 41 Jahren regierender Diktator Muammar al-Gaddafi, den Europa zuletzt in seine Energie- und Migrationspolitik eingebunden hatte. Gerade er schlägt die Proteste besonders brutal nieder, wie jüngste Meldungen zeigen.

Libyen Bei den Protesten in den libyschen Küstenstädten, aber auch im Binnenland, wurden in den vergangenen Tagen schon mehr als 200 Menschen getötet. Offenbar lässt der Herrscher mit scharfer Munition auf die Bevölkerung schießen. Er soll auch Kräfte aus anderen afrikanischen Staaten dafür einsetzen. Gerade die Gewalt der Elitetruppen unter dem Befehl der Söhne Gaddafis scheint den Protest aber noch mehr anzufachen. Da ausländische Presse in Libyen kaum vertreten ist, dringen die Berichte nur sporadisch an die Außenwelt.

Jemen Auch nach nunmehr zehn Tagen gehen die Proteste mit unverminderter Vehemenz weiter. Die Demonstranten fordern den Rücktritt des seit mehr als 30 Jahren regierenden Präsidenten Ali Abdullah Salih. Bei Zusammenstößen zwischen Regierungsgegnern und Anhängern Salihis wurden in den vergangenen Tagen nach Berichten des Senders BBC fünf Menschen getötet. Salih hat bisher lediglich zugestanden, 2013 nicht mehr zu kandidieren. Er unterstutzt seit Langem die Terrorbekämpfung der USA. Dennoch ist sein Land zu einem der Hauptstützpunkte des Terrornetzwerks al-Qaida geworden.

Bahrain Nach tagelangen Protesten und mehreren Toten hat König Hamad die Truppen aus der Hauptstadt Manama zurückgezogen und Gespräche mit der Opposition angeboten. Dies lehnten die Demonstranten ab, bevor die Regierung zurücktrat, politische Häftlinge freikam und der Tod von angeblich sechs Demonstranten untersucht wurde.

Kuwait Bei einem Einsatz der Polizei gegen eine Protestkundgebung von Beduinen wurden nach einem Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch am Freitag Dutzende Menschen verletzt. Die Beduinen hatten gegen die Weigerung der Behörden protestiert, ihnen die Staatsbürgerschaft zu verleihen.

Saudi-Arabien In der ölreichen Ostprovinz haben Schiiten gegen die Diskriminierung ihrer Religionsgruppe in dem islamischen Königreich protestiert. Die Demonstranten beklagten, Angehörige ihrer Konfession seien von der Besetzung höherer Ämter ausgeschlossen.

Jordanien Bei Zusammenstößen von Anhängern und Gegnern der neuen Regierung in Jordanien wurden in der Hauptstadt Amman mindestens zehn Demonstranten verletzt. König Abdullah II. hatte Anfang des Monats die Regierung ausgetauscht, nachdem Oppositionelle mehrere Wochen lang für Reformen demonstriert hatten.

Iran Die Opposition versucht, den Schwung der Proteste in Ägypten und Tunesien zu nutzen, doch reagiert die Führung in Teheran einmal mehr mit brutaler Gewalt. Am Sonntag riefen die Regierungsgegner trotzdem zu neuen Protestaktionen auf.

Algerien Bei einer Demonstration von Regierungsgegnern in Algier gab es am Samstag mehrere Verletzte. Einige Hundert Menschen hatten sich trotz massiver Polizeipräsenz auf dem Platz des 1. Mai in der Innenstadt versammelt, um gegen die Regierung und soziale Missstände im Land zu protestieren. Einziges Zugeständnis von Präsident Abdelaziz Bouteflika bisher: Der seit 1992 geltende Ausnahmezustand soll „in naher Zukunft“ aufgehoben werden.

Marokko Am Sonntag forderten Bürgerinitiativen und Jugendgruppen bei landesweiten Kundgebungen demokratische Reformen und eine Einschränkung der Macht von König Mohammed VI. Das Land hat eine vielfältige Parteienlandschaft und ein frei gewähltes Parlament. Die Macht der Regierung ist dadurch eingeschränkt, dass der König in wichtigen Fragen das letzte Wort hat.

„Das sind alles Mubarak-Männer“

Die ägyptische Feministin Nawal al-Saadawi über die bedrohte Zukunft der Revolution

Nawal al-Saadawi (79) ist Ägyptens bekannteste Frauenrechtlerin. Die Ärztin und Schriftstellerin kämpft seit Jahrzehnten für die Menschenrechte, insbesondere die der Frauen. Für ihre Überzeugungen und ihre Texte saß sie im Gefängnis und lebte einige Jahre im Exil. Während des Aufstands in Ägypten war Nawal al-Saadawi jeden Tag am Tahrir-Platz in Kairo, um gegen das Mubarak-Regime zu demonstrieren. Mit ihr sprach Amira El-Ahl.

DIE WELT: An der Protestbewegung, die zum Sturz Husni Mubaraks führte, waren Frauen und Männer aus allen Gesellschaftsschichten beteiligt, jung und alt. Haben Sie das erwartet?

NAWAL AL-SAADAWI: Ich war darüber nicht überrascht, ebenso wie mich die Revolution selbst überrascht hat. Ich war jeden Tag auf dem Tahrir-Platz und habe dort mit Jugendlichen gesprochen, auch mit Mitgliedern der Muslimbruderschaft. Die Revolution hat die Menschen zusammengebracht, aber es gibt viele, die diese Revolution beenden und unterdrücken wollen: das Verfassungskomitee, das vom Hohen Rat der Streitkräfte eingesetzt wurde, um die Verfassung zu ändern.

Aber war das nicht eine der Forderungen der Demokratiebewegung, nämlich Verfassungsänderung?

Nein, ich bin völlig gegen diese Komitee. Dieses Komitee verrät alle Grundsätze dieser Revolution.

Warum?

Weil dieses Komitee all die Mängel in sich trägt, die wir am alten Regime beklagt haben. Zum einen sitzen in diesem Komitee nur alte Männer, allesamt Juristen. Wir brauchen einen kompletten Umbruch des Systems. Die Männer des Militärrats sind alles Mubaraks Generale. Zweitens müssen alle Menschen, die an der Revolution beteiligt waren, auch Frauen und Jugendliche, in einem solchen Komitee gleichberechtigt vertreten sein. Drittens reicht es nicht, allein Rechtsexperten in einem solchen Komitee sitzen zu haben. Es müssen Intellektuelle, Den-



ZUR PERSON

Nawal al-Saadawi (79) gilt als große alte Dame des ägyptischen Feminismus. Sie harnte tagelang bei den Demonstranten aus, bis Mubarak fiel. Jetzt will sie eine Frauenpartei gründen, denn sonst seien deren Rechte bedroht, sagt sie.



Frauen haben Mubarak an vorderster Front gestürzt, wie diese Ägypterinnen in Kairo

„Sogar ein Engel wird durch absolute Macht korrumpiert“

Nawal al-Saadawi

ker, Sozialwissenschaftler und Wirtschaftsexperten beteiligt sein. Frauen, Jugendliche und Arbeiter müssen sich jetzt organisieren. Ich persönlich werde zuerst daran arbeiten, die ägyptische Frauenunion zu gründen.

Das Verfassungskomitee hat angekündigt, schon in wenigen Tagen die überarbeiteten sechs Artikel der Verfassung vorzulegen, und in zwei Monaten soll dann in einer Volksabstimmung darüber entschieden werden.

Das ist absolut lächerlich. Die Überreste des Mubarak-Regimes sind immer noch an der Macht.

Was bedeutet das für die Revolution, für Ägyptens politische Zukunft?

Es ist sehr gefährlich. Premierminister Ahmed Shafiq und alle Minister sind Mubarak-Männer. Die Opposition, die traditionellen Parteien, egal ob links oder rechts, die Baradei-Gruppe, die Mussa-Gruppe sind alle Heuchler, Opportunisten.

Es gibt Initiativen von Akademikern, die dem Militär Vorschläge für eine Übergangsregierung ma-

chen wollen, in der hauptsächlich Technokraten vertreten sein sollen. Ich bin völlig dagegen, wir wollen keine Technokraten, auch nicht für die Übergangszeit. Das gesamte Mubarak-Regime war gespickt mit Technokraten und Geschäftsmännern. Wir brauchen eine Regierung mit Intellektuellen, die Weitblick haben, politisch, wirtschaftlich, sozial und moralisch.

Glauben Sie, dass es in sechs Monaten freie und faire Wahlen geben wird, wie von der Protestbewegung gefordert?

Ganz und gar nicht. Der Anfang lässt sich schon sehr schlecht an. Dieser Verfassungsrat wird uns eine Verfassung schneiden, die hauptsächlich islamisch ausgerichtet sein wird. Sie werden zum Beispiel Artikel 2 der Verfassung beibehalten, der festlegt, dass der Islam Staatsreligion ist.

Sie fordern, dass er aufgehoben wird?

Auf jeden Fall. Alle Artikel, die sich auf die Scharia berufen oder an sie anlehnen, sollten entfernt werden. Die Verfassung sollte 100 Prozent säkular sein. Tarek al-Bischi, Vorsitzender des Verfassungsrats, gilt als islamische Reformdenker. Mit ihm sind solche Änderungen sicherlich nicht vorstellbar. Deshalb glaube ich, dass die Revolution unterdrückt werden soll. Wir dürfen das nicht stillschweigend hinnehmen.

Sind die angestrebten Änderungen in der Verfassung nicht immerhin ein guter Start?

Sie ändern die Artikel, die zum Beispiel die Amtszeit des Präsidenten festlegen. Sie beschäftigen sich mit oberflächlichen politischen Dingen. Aber die Ungerechtigkeiten der Verfassung, egal ob in Bezug auf Frauen oder Christen, werden nicht geändert. Artikel 2 der Verfassung bedeutet Diskriminierung gegenüber Christen. Wenn das Familienrecht nicht säkular ist, wenn Polygamie, die sexuelle Promiskuität der Männer im Namen der Religion und die Herrschaft der Männer in der Familie nicht abgeschafft werden, was werden wir verändert haben? Die Kultur, die Normen und die Moral müssen sich ändern. Und wer soll das nun tun – Tarek al-Bischi? Es gibt nicht eine einzige Frau in diesem Verfassungsrat.

Was genau muss in der Verfassung geändert werden, um die Rechte der Frauen zu stärken?

Die gesamte Verfassung muss geändert werden, um die Vorherrschaft des Mannes zu beenden. Sie sollte nicht patriarchalisch, nicht kapitalistisch sein. Wir brauchen eine Verfassung, die auf Gerechtigkeit basiert. Wir haben auf den Straßen für Gerechtigkeit, Würde und Freiheit gewinkt. Wo sind diese Prinzipien der Revolution? Sie verschwinden.

Sie haben einmal gesagt, dass jeder korrumpiert wird, der im jetzigen System Präsident wird, egal, wie gut seine Absichten sind.

Das stimmt. Sogar ein Engel wird durch absolute Macht korrumpiert. Absolut jeder. Deshalb wollen wir ein demokratisches System mit einem Parlament, das den Präsidenten und die Minister kontrolliert.

Das ganze System muss umgekrempelt werden?

Die Regierung, der Premierminister und die Minister sollten die ausführende Gewalt sein, und es sollte eine Trennung zwischen der ausführenden Gewalt und der Judikative geben. All das muss in der Verfassung festgehalten werden, und es sollten die jungen, ehrlichen Menschen der Revolution sein, die an dieser Verfassung mitarbeiten.

Würde es nicht viel zu lange dauern, jetzt schon die gesamte Verfassung zu ändern?

Es braucht natürlich Zeit, aber warum haben wir es so eilig? Die Revolution muss jetzt beginnen.

Der Duft der Jasmin-Revolte erreicht China

Im Internet organisieren Jugendliche „Spaziergangs“-Demonstrationen in bis zu 12 Städten

■ Ein altes Volkslied über die Blume dient als Erkennungsmelodie

JOHNNY ERLING
PEKING

Kolonnen von Mannschaftswagen der Polizei stehen in Nebengassen der Pekinger Hauptverkehrsstraße Wang Fujing. An den Eingängen zur Fußgängerzone mattern Aufpasser Vorbeigehende misstrauisch. Sind es nur harmlose Touristen oder gefährliche „Spaziergänger“? Wer dieser Tage einfach so durch die Stadt schlendert, kann ein Staatsfeind sein, denn – so schreibt ein Blogger: „So sieht es aus, wenn die Jasmin-Revolution nach China kommt.“ Im Internet verabredeten sich kritische Jugendliche, am Sonntag zum Zeichen der Solidarität mit den Protestierern in der arabischen Welt spazieren zu gehen. Die Staatsmacht reagierte alarmiert.

Schon am Sonntagvormittag wurden Hunderte von Zivilbeamten in der Einkaufsstraße postiert. Die „Spaziergänger“, auf die sie warteten, kamen um 14.00 Uhr. Es waren nur wenige spontan gekommene „Schlenderer“. Niemand verteilte Flugblätter oder hielt Reden. Die Polizei löste die Gruppe auf, bevor sie zu viele Neugierige anziehen konnte. Ein junger Mann legte eine weiße Blume vor das McDonald's-Restaurant. Die Polizei drängte ihn ab. Dennoch: Mit den sogenannten Jasmin-Spaziergängen haben die digitalen Aktivisten ein Zeichen gesetzt. „Wir treffen uns vor McDonald's in

der Wang Fujing, vor dem Starbucks in Kantons Volkspark, am Xindasha auf Changshas Platz 1. Mai“, hatte es auf Mikroblogger-Plattformen wie Twitese oder Baidu geheißelt. Mehr als ein Dutzend Städte von Shanghai, Wuhan bis Shenzhen wurden genannt, wo sich der Funke der Jasmin-Revolution auch in China entzünden sollte. Offenbar kam es nur in Peking und Shanghai zu größeren Ansammlungen. In Shanghai wurden drei Demonstranten festgenommen. Immerhin nahmen die Behörden die Vorfälle so ernst, dass sie Berichte des britischen Senders BBC ausblendeten. Die Angstreaktion werten die Blogger als Erfolg. Einer schrieb auf Twitese: „Das machen wir ab jetzt jede Woche bis zum Tag, wo die Polizei nicht mehr aufpasst. Dann sind wir wirklich da.“

Der rebellische Duft der Freiheit durchströmt Chinas jugendlichen Untergrund, und es ist eine folgenreiche Ironie, dass es ausgerechnet Jasmin ist, der dafür als Symbol gilt. Denn kein Duft, keine Blume ist chinesischer. Das zeigt sich an dem Lied, das sich am Wochenende zahlreiche Pekinger auf ihr Handy luden: „Molihua“ – das alte Volkslied über die Jasminblüte fungierte bisweilen sogar als Chinas Nationalhymne und ging auch in Puccinis Oper „Turandot“ als Erkennungsmotiv der chinesischen Prinzessin ein. Es ist die perfekte Chiffre für Protest.

Am Sonntag kopierten Blogger den Text des traditionellen Jasmin-Volksliedes mit dem süffisanten Hinweis, wie schön seine erste Strophe auf Chinas innere Lage passe: „Oh schöner Jasmin“,

heißt es da, „du duftest so viel besser als alle anderen Blumen in unserem Garten. Ich möchte so gerne deine Blüte pflücken. Aber ich fürchte, dass mich der Gärtner dafür ausschimpft.“

Tatsächlich reagiert die Staatsgewalt gereizt: Am Wochenende wurden mindestens 30 verdächtige Aktivisten vorsorglich festgenommen, schikaniert oder unter Hausarrest gestellt. Mikroblogger verbreiteten ihre Namen, darunter kritische Anwälte wie Jiang Tianyong, die Bloggerin Liu Di, Shanghais Sozialaktivist Feng Zhenghu oder Jurist Teng Biao, bei dem die Polizei bei einer Hausdurchsuchung auch seine Computer mitgenommen haben soll. Keiner der Genannten war am Sonntag zu erreichen.

Tatsächlich gibt es nach den Maßstäben der Behörden Gründe, auch in China mehr Proteste zu befürchten: Extreme Korruptionsfälle, wie jüngst beim abgesetzten Eisenbahnminister, die ausufernde Teuerung, die jetzt auch die Benzinpreise kräftig ansteigen ließ, Ängste vor neuen Lebensmittelskandalen, Krankheit und Alter haben Vertrauen gekostet. Parteichef Hu Jintao warnte die Führung bei ei-

„Welch eine schöne Jasminblüte“ – das Volkslied „Molihua“ wurde zur Erkennungsmelodie von Puccinis Opernprinzessin Turandot (r.). Nun ist das Lied dabei, Chinas geheimer Protestsong zu werden

AKG-IMAGES

nem groß angelegten Treffen in Peking am Samstag vor Selbstgefälligkeit. Die soziale Verwaltung müsse verbessert werden, um mit dem Wandel in China und der Welt fertig zu werden. Hu schwor die Partei- und Provinzchefs zum Schulterschluss vor dem am 5. März beginnenden zehnjährigen Volkskongress ein. China sei „noch in einem Stadium, in dem viele Konflikte ausbrechen könnten“. Als Beispiele für „herausragende Probleme“ nannte er die Millionenheere der Wanderarbeiter, die Nahrungsmittel- und Arbeitssicherheit und unvorhergesehene Ereignisse, worunter Chinas Führung neben Naturkatastrophen auch Aufstände und Unruhen versteht. Gerade das Internet müsse besser kontrolliert werden, betonte Parteichef Hu.

Unter der Ein-Parteien-Herrschaft werden Dissidenten derzeit exzessiv verfolgt. Der zu elf Jahren Haft verurteilte Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo und dessen in Sippenhaft gehaltene Frau Liu Xia sind nur die bekanntesten. Die Repression trübt den Wortwitz der Blogger indes nur wenig. Einer warnt Spaziergänger, die von der Polizei festgenommen werden: „Wenn die Behörden euch zum Tee bitten, erwartet nicht, dass ihr Jasmin vorgesetzt bekommt.“

